



Markt Kirchseeon

NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Marktgemeinderates

vom 20. November 2023
Sitzungssaal

Hinweis der Verwaltung:

Die nachfolgende Sitzungsniederschrift enthält aus Datenschutz- und Urheberrechtsgründen keine Anwesenheitsliste, keine Anlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und keine Namensangaben von Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern.

Redebeiträge von Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern werden in nicht personifizierter Form wiedergegeben.

Eine datenschutzkonforme Anpassung der Sitzungsniederschrift (in der Form, wie sie der Markt Kirchseeon derzeit geführt) ist für eine Veröffentlichung im Internet unentbehrlich.

Bitte beachten Sie, dass diese Sitzungsniederschrift nicht der Originalniederschrift entspricht, die in der Verwaltung zur Einsichtnahme nach Art. 54 GO für alle Gemeindebürger zur Verfügung steht.

Öffentliche Sitzung:

1.)	Bürgerfragen
2.)	Bürgerentscheid zur Entwicklung des ehemaligen Schwellenwerksgebietes am 08.10.2023 Hier: Beratung / Analyse
3.)	Bekanntgaben und Ratsanfragen

Sitzungsbericht:

Um 19.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Jan Paepow die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates vom 20.11.2023.

Alle Marktgemeinderatsmitglieder waren ordnungsgemäß geladen und mehrheitlich erschienen. Das Gremium war damit beschlussfähig im Sinne von Art. 47 Abs. 2 GO.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

Das Ergebnis der Beratung zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 3 ist der nachfolgenden Sitzungsniederschrift zu entnehmen.

Öffentliche Sitzung

1.) Bürgerfragen

Es wurden keine Bürgerfragen gestellt.

**2.) Bürgerentscheid zur Entwicklung des ehemaligen
Schwellenwerksgeländes am 08.10.2023
Hier: Beratung / Analyse**

Sachverhalt:

Am 08. Oktober 2023 fand parallel zur Landtags- und Bezirkstagswahl das vom Marktgemeinderat beschlossene Ratsbegehren zum ehemaligen Schwellenwerksgelände („IVECO“-Gelände) statt.

Die Bürger und Bürgerinnen konnten über folgende Fragestellung abstimmen:

Sind Sie dafür, den Marktgemeinderat damit zu beauftragen, das Bauleitplanverfahren für das ehemalige Schwellenwerksgelände/„IVECO“-Gelände (siehe beigefügtem Lageplan) unter Aufrechterhaltung des denkmalgeschützten Wasserturms und der unter Denkmalschutz stehenden Kantine mit folgenden, mit der Bürgerschaft erarbeiteten Nutzungen einzuleiten?

Nutzungen: • Flächen für Wohnen • Flächen für Kinder / Bildung / Gemeinschaft • Flächen für Büros / Praxen / Einzelhandel / Gewerbe • Grün und Freizeitflächen • Wohnstraßen / Erschließung öffentlicher Raum

Es wurden 5.115 gültige Stimmen abgegeben, davon stimmten 2.033 mit „Ja“ und 3.082 Stimmen mit „Nein“. 68 Stimmen waren ungültig. Das Quorum lag bei 1.578 Stimmen.

Der Marktgemeinderat wird in der Sondersitzung am 20.11.2023 in öffentlicher Sitzung zusammenkommen und das Abstimmungsergebnis für sich beraten und analysieren.

Diskussionsverlauf:

Vor Beginn der Diskussion im Gremium fasste der Vorsitzende zunächst die gesamte Chronologie des Planungs- und Beteiligungsprozesses in Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid zur Entwicklung des ehem. Bahnschwellenwerks zusammen. Er führte aus, dass eine abschließende Beratung und Analyse des Abstimmungsergebnisses nach einem derart umfassenden Prozess angemessen und konsequent seien.

Anschließend eröffnete er die Beratung.

Stellvertretend für die UWG sagte ein Gemeinderatsmitglied, dass aus Sicht seiner Fraktion zwei entscheidungsrelevante Gründe zum Abstimmungsergebnis führten. Er verwies einerseits auf den Problemkomplex Verkehr und nannte mit dem Baustellenverkehr und der jetzt schon prekären Situation auf der Bundesstraße zwei Beispiele, die für die Mehrheit der Kirchseeoner Bürger*innen bis zur Abstimmung noch weitgehend ungeklärt waren. Daneben dominierten in der Bürgerschaft Unsicherheiten zur Finanzierung der anfallenden Folgekosten für die notwendige Infrastruktur.

Ein Gemeinderatsmitglied sagte, dass seitens der Verwaltung viel Werbung für das Projekt gemacht wurde und teilweise nicht sachlich oder neutral argumentiert wurde. Sie kritisierte die Bürgerforen, die aus ihrer Sicht nicht neutral moderiert wurden und von einem Moderationsteam begleitet wurden, die schon in der Vergangenheit mit dem Investor zusammengearbeitet hätten. Positiv hingegen erachtete sie die Tatsache, dass Verbesserungsvorschläge aus der Bürgerschaft in die Planungen miteinbezogen wurden. Weiter verwies sie auf den Ausschluss von Gemeinderatsmitgliedern und den abgelehnten

Sachbericht der Kämmerin, die zu Unverständnis und öffentlicher Kritik geführt hätten. Auch sie nannte das Thema Verkehr als Grund für das Abstimmungsergebnis und brachte zum Ausdruck, dass bis zum heutigen Tage keine umsetzbaren Ideen vorgestellt wurden. Wie MGR E. sprach sie den Abtransport des Bodenaushubs und die nicht abschätzbaren Folgekosten an, die mit negativen Auswirkungen für die Gemeinde verbunden wären. Priorität müsse in naher Zukunft die Entschärfung des Verkehrs auf der Bundesstraße haben. Was eine mögliche bauliche Perspektive auf dem ehem. Bahnschwellenwerk betreffe, führte sie aus, dass eine Teilbebauung der Gesamtfläche mit Gewerbeansiedlungen grundsätzlich als Option für die Zukunft betrachtet werden sollte.

Ein Gemeinderatsmitglied monierte die Zurückhaltung des Gemeinderates und sagte, dass Standpunkte zu wenig vertreten und insgesamt zu unverbindlich agiert wurde. Weiter wurden die Chancen des Projekts aus ihrer Sicht nicht eindeutig kommuniziert und auch die Errichtung einer Schule auf dem Gelände zu wenig öffentlich diskutiert. Das Verkehrsproblem wäre zweifelsfrei ein gegenwärtiges sowie auch ein landkreisweites Problem, dass jetzt aktiv angegangen werden müsse. Zu den Folgekosten führte sie aus, dass eine Entwicklung schwer zu prognostizieren sei, die Gemeinde aber andererseits im Bereich der Einkommenssteuerstruktur durchaus positive Effekte gehabt hätte. Ferner verwies MGRin B. auf den Fakt, dass Potentiale zur Wärmegewinnung durch Grundwasser mehr hätten kommuniziert werden müssen. Abschließend sprach sie noch die südlichen Ortsumfahrung an, die aus Ihrer Sicht dazu beitragen würde, um die innerörtliche Verkehrssituation zu entschärfen. Hierzu müsste allen voran eine Heraufstufung der Trasse im Bundesverkehrswegeplan auf Grundlage von richtigen Prognosezahlen anvisiert werden.

Ein Gemeinderatsmitglied sagte, dass der Zeitplan bis zum Bürgerentscheid sehr ambitioniert gewählt und keine durchdachte Strategie entwickelt wurde. Das für sie überraschend klare Votum wäre vor allem auf die offenen Fragen im Bereich des Verkehrs, insbesondere unzureichende Erschließungsvarianten im innerörtlichen Gebiet sowie die nicht näher geprüfte Gemeindeverbindungsstraße im Westen zurückzuführen. Aus ihrer Sicht wäre es zudem unverständlich, dass für die geplante Bahnunterdurchführung zur Erschließung des Geländes eine Kostenteilung zwischen Investor und Gemeinde im Raum gestanden habe. Ferner monierte sie, dass sich das einberufene Koordinierungsgremium nicht näher und frühzeitig mit der Fragestellung beschäftigt habe. Auch bemängelte sie den interpersonellen Umgang im Rahmen von Meinungsäußerungen vor dem Bürgerentscheid.

Ein Gemeinderatsmitglied führte stellvertretend für die CSU aus, dass die Fraktion von Anfang an sehr offen mit dem Projekt umgegangen sei, allerdings auf gewisse Frage- und Probestellungen ebenso hingewiesen wurde. Hr. Hörl sagte, dass sich der Gemeinderat durch die breite Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung das Heft aus der Hand nehmen ließ und während des Beteiligungsprozesses zu passiv agiert habe. Er ergänzte, dass das Projekt für den Ort eine Weiterentwicklung bedeutet hätte. Besonders bedauerlich wäre aus seiner Sicht, dass durch den Bürgerentscheid ein ergebnisoffenes Bauleitverfahren verhindert wurde. Das sehr eindeutige Votum der Bürger müsse der Gemeinderat nun analysieren und Konsequenzen für künftige Entwicklungsprojekte ableiten. Zur Entschärfung der Verkehrssituation bedürfe es aus seiner Sicht ein interkommunales, großflächiges Verkehrskonzept, der innerörtliche Baustellenverkehr hätte durchaus gut gesteuert werden können. Abschließend sagte er, dass die Kirchseeoner Bürgerschaft dem

Gemeinderat mit dem Votum einen klaren Auftrag und einige Hausaufgaben auferlegt habe, die es konsequenterweise jetzt umzusetzen gilt.

Ein Gemeinderatsmitglied erklärte, dass der Marktgemeinderat weiterführende Informationen unzureichend an die Bürgerschaft weitertransportiert habe. Er verwies auf die jahrzehntelange Bodenbelastung und sagte, dass das Abstimmungsergebnis dem Ort in diesem Punkt sehr schaden würde. Für ihn wäre es unabdingbar, einen erneuten Anlauf in Sachen Südumfahrung zu nehmen. Weiter plädierte er dafür, mit der ECE über eine Flächenentwicklung mit höherem Gewerbeanteil und das Thema der Bodensanierung zu sprechen.

Ein Gemeinderatsmitglied sagte, dass der Bürgerschaft angesichts des Bevölkerungszuwachses von 3000 Einwohnern keine zufriedenstellenden Lösungsansätze, z. B. im Bereich Verkehr aufgezeigt wurden. Sie führte aus, dass ein Projekt dieser Dimension keine Rettung durch einen Investor, sondern eine Belastung für den Ort bedeutet hätte. Weiter merkte sie an, die entstehenden Folgekosten nie richtig ernst genommen wurden und die Wünsche der Bürger im Verlauf des Prozesses ins Unermessliche gestiegen seien. Abschließend bezeichnete sie auch die fehlende Vertrauensbasis an die Verwaltung und den Investor als Kernproblem.

Ein Gemeinderatsmitglied vertrat den Standpunkt, dass sich die Bürger im Prozess zurückgelassen gefühlt hätten und die betriebene Politik des ersten Bürgermeisters von den Interessen des Investors geprägt gewesen wäre. Er kritisierte, dass Kritiker des Verfahrens teilweise mundtot gemacht wurden und behauptete, dass die Kirchseeoner Bürger durchaus in der Lage gewesen wären, die Faktenlage selbst sorgfältig abzuwägen. Zur potenziellen Südumfahrung führte er noch aus, dass die kein friedensstiftendes Thema für die Gemeinde Kirchseeon sei.

Nachdem aus dem Kreis der Marktgemeinderatsmitglieder keinen weiteren Wortbeiträge mehr folgten, übergab der Vorsitzende den anwesenden Vertretern der ECE das Wort.

Hr. J. bedankte sich zunächst bei den Bürgern*innen, die sich aktiv und konstruktiv an der Bürgerveranstaltungen und Arbeitskreisen beteiligt haben. Er mutmaßte, dass das Abstimmungsergebnis wohl darin begründet sein könnte, dass für viele Bürger*innen bis zum 08.10.2023 noch zu viele Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Hr. Janko informierte das Gremium darüber, dass die ECE weiterhin Eigentümerin der Fläche bleibe, sich für den Investor aber die zentrale Frage stelle, welche bauliche Entwicklung mit dem Ergebnis des Bürgerentscheid grundsätzlich künftig realisiert werden kann. Diesbezüglich wäre der Investor nun auf Signale des Gemeinderates angewiesen. Abschließend gab Hr. J. bekannt, dass es seitens der ECE Überlegungen für eine temporäre Nutzung des Geländes gäbe.

Der Vorsitzende erklärte in seinem abschließenden Wortbeitrag, dass die geäußerten Bedenken in Sachen Verkehr und Bodensanierung in einem Bauleitverfahren sehr sorgfältig und seriös abgearbeitet worden wären. Auch er wies daraufhin, dass das Bauleitverfahren komplett ergebnisoffen durchgeführt worden wäre, das demokratische Votum aber nun zu akzeptieren sei. Für den Marktgemeinderat würden sich seiner Meinung nach jetzt einige Hausaufgaben zur Bearbeitung der Problemkomplexe ableiten. Zum Schluss appellierte er noch an den Gemeinderat, den Blick bei künftigen Entscheidungen auf den ganzen Ort zu richten und nachfolgende Generationen dabei zu berücksichtigen.

3.) Bekanntgaben und Ratsanfragen
--

Diskussionsverlauf:

Ein Gemeinderatsmitglied fragte nach neuen Erkenntnissen zur beantragten Prüfung eines Radweges über den Spannleitenberg.

Der Vorsitzende sagte, dass sich die Gespräche derzeit auf zwei Grundstückseigentümer konzentrieren und sich hier eine Lösung abzeichne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgten, schloss der Vorsitzende um 20:15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Markt Kirchseeon

Vorsitzender

Jan Paepflow
Erster Bürgermeister

Schriftführer